

Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



Niederschrift

03/007/2017

über die Sitzung **des Bauausschusses**
am **Mittwoch**, dem **21.06.2017**, von **18:00 Uhr** bis **20:00 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister

Robert Klocke parteilos

Vorsitzende/r

Josef Büker CDU

stellv. Vorsitzende/r

Olaf Wittrock UWG

Ordentliche Mitglieder

Klaus Dieter Becker CDU

Josef Dreier UWG

Christoph Gemmeke CDU

Stefan Köhne CDU

Gerhard Meier UWG

Sybille Mocker-Schmidt SPD

Hermann Müller CDU

Mathias Schmidt CDU

Kai Schöttler CDU

stellv. Mitglieder

Friedrich Potthast SPD

Elmar Stricker WGB

Protokollführer

Stefan Niemann

von der Verwaltung

Klaus Hasenbein

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder

Hubert Bartram WGB

Klaus Wittek SPD

Presse:

Josef Köhne, Neue Westfälische.

Zuhörer:

Klaus-Peter Gosse, Ratsmitglied,
Bernadette Niemeier, Ratsmitglied,
Paul Postert, Ratsmitglied.
Nicolai Loges, sowie zwei weitere Einwohner aus Hohehaus.

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Bauausschusses, Josef Büker, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Presse und die erschienenen Zuhörer.

Er stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Stand der Umsetzung der Baumaßnahmen in den Ortschaften 2017

Josef Büker führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Klaus Hasenbein stellt den Umsetzungsfortschritt sämtlicher im Haushalt der Stadt veranschlagter Hoch- und Tiefbaumaßnahmen vor. Er erwähnt darüber hinaus, dass der Zaun um den Teich in Löwendorf kurzfristig erneuert würde.

Eine Liste mit dem Stand der Umsetzung ist dem Protokoll beigefügt.

Auf Nachfrage von Mathias Schmidt erklärt Herr Hasenbein, dass die Maßnahmen im Zeitplan liegen und einer vollständigen Umsetzung bis zum Jahresende derzeit nichts im Wege stehe.

Kai Schöttler bemängelt, dass die Straße „Am Anger“ nun doch nicht bis zum Schützenfest fertig gestellt werde, obwohl der Haushalt so früh verabschiedet wurde.

Klaus Hasenbein entgegnet, dass keine Verkehrsgefährdung bestehe, wenn die Ausführung erst nach dem Schützenfest begonnen werde. Oberstes Ziel sei gewesen, keine Baustelle über das Schützenfestwochenende zu haben und den Ablauf nicht zu stören. Dieses Ziel werde nach wie vor eingehalten. Es seien Anfang des Jahres wichtige dienstliche Angelegenheiten angefallen, die vorrangig zu bearbeiten waren.

Eine Frage Josef Dreiers zu Ausbesserungsarbeiten bei Straßenschäden wird von Herrn Hasenbein beantwortet.

3. Zwischenbericht der Verwaltung über den Breitbandausbau in der Stadt Marienmünster

Bürgermeister Robert Klocke erklärt, er dürfe grundsätzlich bis zum Abschluss der Ausschreibung keine Aussagen zum laufenden Verfahren treffen. Es bestehe ansonsten die Gefahr, dass unterlegene Bieter das Verfahren angreifen.

Er könne nur berichten, dass für Marienmünster ausreichend Angebote eingegangen sind. Am 04. und 05.07. würden noch Gespräche mit den Bietern und dem Beratungsbüro geführt, an denen Josef Suermann teilnehmen wird. Anschließend werde, voraussichtlich nach den Sommerferien, von der Beraterfirma und/oder Herrn Stolte von der GfW in der Ratssitzung ein Bericht abgegeben.

Herr Klocke teilt zudem mit, dass mittlerweile ein Bewilligungsbescheid zur Förderung der Beratungsleistungen vorliegt.

Auf Nachfrage von Herrn Stricker erklärt Herr Klocke, dass die Umsetzung des Breitbandausbaus in den Gewerbegebieten voraussichtlich noch in 2017 beginne, die Umsetzung in den Ortschaften finde aber erst 2018 statt.

Herr Klocke erklärt auf Nachfrage weiter, dass auch das sogenannte Vectoring-Verfahren im Ausschreibungsverfahren zugelassen worden ist. Die Glasfaserkabel würden in diesem Verfahren nur bis zu den Verteilerkästen verlegt und ab da die bereits vorhandenen Kupferkabel weiter verwendet. Dies sei kein zukunftsfähiges Verfahren, da keine Glasfaser bis zu den einzelnen Wohnhäusern verlegt werde. Die Stadt könne das Verfahren aber nicht verhindern.

4. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Ortschaft Bredenborn Vorlage: 034/2017

Josef Dreier erklärt eine persönliche Betroffenheit und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Niemann stellt den Antrag eines Bredenborner Bürgers auf Änderung des Bebauungsplanes zur Realisierung einer rückwärtigen Bebauung („in 2. Reihe“) anhand der Beschlussvorlage vor. Er stellt in dem Zusammenhang besonders heraus, dass aus Erfahrungen des Kreises in Nachbarkommunen eine rückwärtige Bebauung oftmals zu Nachbarschaftsstreitigkeiten führe.

Herr Schöttler erklärt für die CDU-Fraktion dem Antrag dennoch zustimmen zu wollen. Elmar Stricker signalisiert seitens der WGB ebenfalls Unterstützung.

Frau Mocker-Schmidt bezweifelt, dass das entstehende, der Straße zugewandte Grundstück für Bauinteressenten attraktiv sein kann, da die Zuwegung des rückwärtigen Grundstücks dann über das eigene Grundstück erfolgen müsse.

Herr Büker lässt über die Varianten der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Marienmünster ein Verfahren zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Ortschaft Bredenborn, mit zuvor genannten Festsetzungen, einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen.

5. Grünflächenkonzept Siedlungsstraße Hohehaus - Baumpflegearbeiten an den Linden
Vorlage: 008/2017

Stefan Niemann stellt den Sachverhalt und den Antrag der Anwohner von Hohehaus vor. Auf Bitten von Herrn Niemann unterbricht Herr Büker die Sitzung, um Nicolai Loges die Möglichkeit zu geben, seinen stellvertretend für die Anwohner gestellten Antrag persönlich vorzustellen.

Er erklärt, er habe alle Grundstückseigentümer zu der Situation mit den Lindenbäumen befragt, nicht allerdings die Mieter und es sei mehrheitlich ein Kopfbaumschnitt gewünscht. Die dem Antrag beigefügten Unterschriften seien von den Anwohnern gegeben worden, die sich spontan bereit erklärt hätten, im Team selbst die Pflegearbeiten an den Linden vorzunehmen. Unter den Anwohnern sei auch ein Landschafts- und Gartenbauer, sodass auch entsprechender Sachverstand vorhanden sei.

Herr Loges erklärt weiter, es müsse in der Straße etwas passieren. Ganz abgesehen von dem Wunsch der Anwohner nach einem vernünftigen Straßenbild, wüchsen die Bäume mittlerweile in der Straßenmitte von beiden Seiten zusammen und würden schon die Straßenbeleuchtung vollständig verdecken.

Herr Niemann ergänzt, dass grundsätzlich Lindenbäume nicht in das Straßenbild einer Siedlungsstraße gehören, weshalb hier schon von einem besonderen Einzelfall ausgegangen werden könne. Er unterstütze den Antrag von Herrn Loges. Es müsse nur klar sein, dass die Erlaubnis zur eigenständigen Baumpflege als Präzedenzfall für das ganze Stadtgebiet Begehrlichkeiten auslösen könne.

Er erklärt weiter, dass noch zu klären sei, ob haftungsrechtliche Schwierigkeiten auf die Stadt zukommen könnten, wenn etwas bei den Baumpflegearbeiten passieren würde. Zudem müsse noch ein Vertragswerk ausgearbeitet werden, dass die langjährige Vereinbarung zwischen der Stadt und den Anwohnern regele.

Christoph Gemmeke hält es für eine bessere Lösung, wenn die Bäume ganz entfernt würden. Herr Niemann entgegnet, dass in diesem Fall die Straße so sehr beschädigt würde, dass eine anliegerbeitragspflichtige Erneuerung der Straße die Folge wäre.

Herr Stricker bittet in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob die Bürger für eine Fehlentscheidung in früheren Jahren jetzt zu Anliegerbeiträgen herangezogen werden können.

Mathias Schmidt bittet um Vertagung der Entscheidung. Er habe den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage nicht richtig eingeschätzt und könne nun nicht abschließend entscheiden.

Herr Hasenbein erklärt, derzeit könne ohnehin kein Baumschnitt vorgenommen werden, sodass eine Vertagung grundsätzlich noch unproblematisch sei.

Kai Schöttler stellt sodann den Antrag, keine Beschlussempfehlung auszusprechen und die Beratung auf nach den Sommerferien zu vertagen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat die Entscheidung über die künftige Pflege der Lindenbäume und den Antrag der Anwohner auf nach den Sommerferien zu vertagen. Die Verwaltung wird beauftragt, die haftungs- und vertragsrechtlichen Fragen zu klären.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

6. Bericht der Verwaltung zur Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung - Antrag der WGB-Fraktion vom 11.05.2017

Elmar Stricker erklärt als Intention des Fraktionsantrages der WGB die Verkehrssicherheit an markanten Punkten durch zusätzliche Leuchtpunkte im Stadtgebiet (wie z.B. an Bushaltestellen) erhöhen zu wollen und möglichst auch eine nächtliche Orientierungsbeleuchtung realisieren zu wollen.

Klaus Hasenbein erklärt, Ziel der gesamten Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet sei, eine flächendeckende, gleichbleibende Beleuchtung zu realisieren.

Er schlägt deshalb vor, wie bereits beauftragt, zunächst die vorhandene Beleuchtung gegen die LED-Technik auszutauschen. In den Wintermonaten könne dann geschaut werden, ob nach der Umstellung noch weitere Leuchtpunkte notwendig werden und ggf. nachgesteuert werden.

Eine Einrichtung von Orientierungsbeleuchtung halte er für ungünstig. Der ständige Wechsel von dunklen Bereichen in durch Straßenbeleuchtung ausgeleuchtete, helle Bereiche sei für das menschliche Auge äußerst anstrengend. Er schlägt deshalb vor, nach der Umstellung auf LED-Technik die gesamte Beleuchtung in noch festzulegenden Zeitfenstern nachts mit 50 % Leistung im Stadtgebiet durchleuchten zu lassen. Die Kosteneinsparungen seien enorm und die Realisierung nach Ausbesserung einiger Problembereiche im Stadtgebiet auch flächendeckend möglich.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich allesamt positiv zu dem Vorschlag von Herrn Hasenbein aus.

7. Unterhaltungsmaßnahmen in den Ortschaften (Grünflächen, Banketten, Gräben)

Auf Anfrage des Ausschussvorsitzenden Josef Büker erklärt Klaus Hasenbein zu den Unterhaltungsmaßnahmen in den Ortschaften, dass gezielte größere Pflegearbeiten nicht vorgesehen sind. Derzeit würden vom Bauhof die wichtigsten Wirtschaftswege geschlegelt, anschließend auch partiell Banketten abgezogen. Problematisch sei bei dem Abziehen der Banketten allerdings, dass die angrenzenden Landwirte die Erde oftmals nicht aufzunehmen bereit sind.

Auf Vorschlag Gerhard Meiers vielleicht doch eine Bankettfräse zu nutzen, um dadurch das Material auch besser auf den angrenzenden Äckern verteilen zu können, erklärt Herr Hasenbein, dass die Beschaffung einer solchen Fräse im Haushalt 2016 vorgesehen, aber politisch nicht gewollt gewesen sei. Vielmehr sei gewünscht gewesen, nach Mietobjekten zu schauen. Er werde kurzfristig klären, ob der Unternehmer, der im letzten Jahr angedeutet hätte, eine Fräse kaufen zu wollen, mittlerweile ein Gerät erworben hat. Darüberhinaus habe er andere Anbieter im näheren Umfeld nicht ausfindig machen können.

Josef Dreier weist in dem Zug darauf hin, dass die Beber im Ortsbereich von Bredenborn schlecht gepflegt sei. Herr Hasenbein erklärt, dass auf der kürzlich stattgefundenen Gewässerschau vom Kreis Höxter bestätigt wurde, dass es normal ist, dass die in der Beber vorhandene Brunnenkresse ein relativ starkes Wachstum hat. Eine teilweise Entfernung sei demnächst wieder vorgesehen, dann allerdings in Kooperation und Absprache mit dem Fischereiverein, da auch auf den Fischbesatz geachtet werden müsse.

Herr Dreier moniert, dass der starke Bewuchs in der Beber für ein Ansteigen des Baches Sorge und dann in der Schützenhalle der Keller wieder feucht werde. Herr Hasenbein entgegnet, dass das geringfügige Ansteigen eines Bachlaufs ein natürlicher Vorgang ist, solange der Bach nicht ausuferet. Sollte also schon bei derartig geringen Schwankungen der Höhe des Baches die Schützenhalle feucht werden, sei wohl an der Abdichtung etwas nicht in Ordnung oder eine nicht ordnungsgemäße Einleitung in das Gewässer vorhanden, durch die Wasser zurückgedrückt werde.

8. Mitteilungen und Anfragen

Robert Klocke weist darauf hin, dass die Ortsdurchfahrt von Eilversen vom 27.06.-28.07.2017 aufgrund der Erneuerung der Fahrbahndecke vollständig gesperrt wird. Anliegerverkehr sei gewährleistet.

Stefan Niemann geht auf die Vorgaben des Koalitionsvertrages zwischen CDU und FDP hinsichtlich der künftigen Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen ein. Er warnt die Ausschussmitglieder vor frühzeitiger Euphorie aufgrund der Absichtserklärung eine Abstandsregelung von 1.500 m zu reinen und allgemeinen Wohngebieten einführen zu wollen. Von der seinerzeit bundesrechtlich eingeführten Länderöffnungsklausel habe das Land NRW keinen Gebrauch gemacht, sodass dem Land momentan nur bedingt ein gesetzlicher Rahmen eingeräumt werde, pauschale Abstände von Windenergie zur Wohnbebauung zu regeln.

Herr Niemann erklärt weiter, er hoffe bis nach den Sommerferien Erkenntnisse zu erlangen, welche Art gesetzlicher Änderung die Landesregierung plane, um dann entscheiden zu können, ob die Regelung überhaupt noch Einfluss auf die Flächennutzungsplanaufstellung der Stadt nehmen kann.

Kai Schöttler erfragt, ob die Möglichkeit besteht, für die Ratsmitglieder eine Besichtigung der Kläranlagen und Pumpwerke zu organisieren. Herr Dreier bittet dann auch über die zahlenmäßige Veränderung der Durchlaufmenge der Kläranlage Bredenborn aufgrund der Kanalbaumaßnahme Grünetal zu berichten. Herr Hasenbein erklärt, er könne schon jetzt sagen, dass eine Einsparung der Durchlaufmenge von etwa 50 % durch die Kanalmaßnahme zu verzeichnen ist. Im Übrigen sei eine Besichtigung kein Problem.

Auf Nachfrage von Friedhelm Potthast erklärt Herr Hasenbein, die Geschwindigkeitsmessanlage werde in Kürze in Hohehaus abgenommen und dann in Bredenborn aufgehängt.

Herr Potthast regt weiter an, einen Fußgängerüberweg zwischen der Schulstraße und dem Edeka-Markt einzurichten. Herr Niemann erklärt, dass das Anliegen im Ortsausschuss mehrfach vorgetragen worden sei. Das Verkehrsaufkommen sei allerdings laut Straßen NRW zu gering, um einen Überweg rechtfertigen zu können.

Josef Dreier moniert, die Änderung des Bebauungsplanes zu TOP 4 sei vorher nicht im Ortsausschuss beraten worden. Herr Niemann erklärt, der Grundstückseigentümer habe die Angelegenheit dringend gemacht, sodass er aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit eine kurzfristige Entscheidung herbeiführen wollte. Im Übrigen habe er eine Grundsatzentscheidung zur Zulassung rückwärtiger Bebauung in der Entscheidung gesehen.

Die Notwendigkeit, eine Anhörung des Ortsausschusses nachholen zu können, wird seitens der Ausschussmitglieder allerdings nicht gesehen.

9. Fragen von Einwohnern

Keine.

gez. Robert Klocke
Bürgermeister

gez. Stefan Niemann
Protokollführer